



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsverdrossenheit und Bismarcklegende : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

geprägt feudal-klerikale Charakter der ersten Kammer durch Einfügung bürgerlicher Elemente beseitigt werden, wobei man vornehmlich an Vertreter der Hochschulen, der größeren Städte, eventuell an Herübernahme der Ritter und der Prälaten aus der zweiten Kammer denkt. Die Regierung, die am 8. Juni unerhört herausgefordert worden ist, wird nicht umhin können, in dieser Richtung bald eine Vorlage einzubringen. Zentrum und katholische Standesherrn werden sich ihr nach Kräften entgegenstemmen; wenn sie den Bogen aber wieder so straff spannen wie am 8. Juni, so mag es wohl geschehn, daß er bricht.



Reichsverdroffenheit und Bismarcklegende

(Schluß)



seitdem alle in Betracht kommenden Nachbarstaaten die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt haben, ist für Deutschland die Möglichkeit geschwunden, eine Machtentwicklung zu entfalten, wie dies in den Jahren 1866 und 1870/71 der Fall war. Zieht man als Beispiel Frankreich heran, das doch in seiner Bevölkerungszahl auffällig zurückbleibt. Es würde wohl wieder geschlagen, aber niemals wieder so weit niedergedrungen werden, daß es bezahlen müßte, was Deutschland verlangt. Ganz abgesehen davon, wie sich die andern Mächte dabei verhalten würden, liegt klar zutage, daß alles das, was seinerzeit als Gambettasche Neuformationen auftrat, und von denen allerdings ein Bataillon eine preußische Landwehrkompagnie nicht zu erschüttern vermochte, in einem nächsten Kriege aus geübten Soldaten bestehen würde, die gänzlich niederzuwerfen auch der deutschen Übermacht nicht so leicht werden dürfte. Im günstigsten Falle würde Deutschland immer noch einen Teil seiner Kriegskosten selbst tragen müssen, und was das bedeuten will, wenn Millionen in Marsch gesetzt werden, braucht gar nicht weiter ausgeführt zu werden. Die Armeen der allgemeinen Wehrpflicht tragen durchaus einen defensiven Charakter, was nicht ausschließt, daß sie bei Gelegenheit zu dem Zweck der Verteidigung recht scharf angriffsweise vorgehn; sie sichern das eigne Land, auch den etwas schwächeren Staat vor der Vernichtung, aber zu Eroberungszwecken reichen sie auch für den mächtigsten nicht aus. In dieser Lage sind die Staaten des europäischen Festlandes seit ungefähr zwei Jahrzehnten, und sie ist für ihre Politik bestimmend. Es ist dadurch eine gewisse Gleichgewichtslage entstanden, die noch verstärkt worden ist durch die beiden großen Bündnisse, den Dreibund und den Zweibund, die beide zu dem Zwecke gegründet worden sind, die Unterdrückung und die Vernichtung eines ihrer Glieder durch ein Bündnis mehrerer Staaten zu verhüten. Daß auch dieser Zustand dem weiten Blick des Altreichskanzlers, der ja auch vorher jeden Keim einer Koalition gegen Deutschland zu ersticken verstanden hatte, seinen Ursprung verdankt, ist richtig, aber auf dieser Grundlage haben seine Nachfolger weiter zu bauen, und sie tun das auch, wie dies jeder

nicht voreingenommene Beurteiler anerkennt. Die politisch-militärische Gleichgewichtslage in Europa bietet jetzt allen Mächten Gelegenheit, althergebrachte Zwistigkeiten zu vergessen, einander nahe zu treten und gemeinsam nützliche Schritte zu vereinbaren. Bei der Unmöglichkeit, einander etwas anzutun, zwingen sie der Tatendrang und die Verhältnisse zu gemeinsamen Handlungen, aus denen sich mit der Zeit die so notwendige Weltteilspolitik entwickeln wird. Das ist für jedermann, der nicht mit Vorurteilen oder einseitigen Anschauungen die Lage des Weltteils betrachtet, klar erkennbar. Wer freilich vorzieht, sich den Tages-sensationen hinzugeben, wird nie zu dieser Einsicht kommen und immer ein willkommnes Objekt für die Leute bleiben, die mit Bismarcklegenden und Ähnlichem ausziehen, um Stimmen für ihre Partei einzufangen.

Bei der Bismarcklegende finden ihre Rechnung alle heimlichen und alle offenen Republikaner und Demokraten bis zu den politischen Doktrinären, nach denen der Träger der Krone überhaupt nichts zu sagen, sondern bloß zu unterschreiben hat, was ihm die Minister vorlegen. Die Minister selbst sollen verantwortlich sein und aus dem Parlament hervorgehn. So will es seit den dreißiger und den vierziger Jahren der deutsche Liberalismus, der keinen andern verfassungsmäßigen Zustand als berechtigt anerkennt und noch heute auf dem Standpunkt steht, um der Freiheit oder des Staatswohls willen müsse man diese Verfassung erkämpfen. Ungeachtet aller Erfahrungen in andern Ländern und trotz der großen Umwandlung in Deutschland hat der Liberalismus aller Schattierungen noch niemals diese Forderung offen aufgegeben, wenn ihn auch die politische Klugheit und andre Umstände veranlaßt haben, sie zeitweilig zurückzustellen. Man braucht aber nur die liberale Presse oberflächlich daraufhin anzusehen und wird sofort erkennen, daß sie namentlich bei der Beurteilung des Kaisers und des Kanzlers vollkommen von diesem Standpunkt ausgeht. Diesem Standpunkt kommt die Bismarcklegende nun ganz gelegen, nach der Kaiser Wilhelm der Erste einfach unterschrieben hätte, was ihm Bismarck vorlegte. Nun hat sich aber der Altreichskanzler gegen nichts so heftig gewehrt, wie gegen eine solche Zumutung, die am schärfsten zum Ausdruck kam in dem Vorwurf des Hausmeiertums durch den Abgeordneten Mommsen, der ja bei aller Vertiefung in das Altertum den praktischen Blick in die Vorgänge der Gegenwart nicht hatte. Es mag sein, daß in den allerletzten Lebensjahren des greisen Kaisers bei seinem durchaus gerechtfertigten Vertrauen zu seinem Kanzler das Verhältnis zwischen beiden nicht viel anders gewesen ist, was auch nichts geschadet hat, aber für die frühere Zeit, wo es eben nicht so war, liegen die persönlichen Zeugnisse Bismarcks vor, auf die schon hingewiesen worden ist.

Die Verantwortlichkeit der Minister für die politischen Handlungen im monarchischen Staat ist überhaupt eine aus England herübergekommene Einrichtung. Dort bezweckte sie, in der maßgebenden Adelsrepublik den aus den herrschenden Adelsparteien hervorgegangnen Ministern für ihre Amtshandlungen die Unterschrift des Königs zu sichern, deren man dem monarchisch gesinnten Volke gegenüber bedurfte. Eigentlich lag aber die Gewalt in dem Parlament der Adlichen, und die Macht des Königs wurde immer mehr eingeschränkt. Dieses Verhältnis suchte der Liberalismus auch in Preußen nach der Ein-

führung der Verfassung zu gewinnen, stieß aber begreiflicherweise auf den Widerstand der Hohenzollern, die ihr Land nicht aus den Händen einer Adelsrepublik erhalten, sondern ihm aus freien Stücken eine Verfassung gegeben hatten, und zwar nicht um die Herrschaft dem Parlament zu übergeben, sondern mit dem festen Willen, die Politik selbst weiter zu leiten, wenn auch nicht mehr nach dem bisherigen absolutistischen Gebrauch, sondern mit der Zustimmung ihrer parlamentarischen Berater. Aus dieser zwiespältigen Auffassung entstand der bekannte preußische Konflikt, worin die liberale Strömung schließlich so weite Kreise ergriffen hatte, daß König Wilhelm keine Minister mehr fand, die sich seinen Standpunkt zu vertreten getrauten, und er unter solchen Umständen schon entschlossen war, lieber die Krone niederzulegen. Da trat endlich Bismarck ein und kämpfte den Konflikt zugunsten der Krone durch. Diese sattem bekannte Tatsache genügt doch vollkommen, der ganzen Bismarcklegende den Boden zu entziehen. Aber indem man diese schuf und verbreitete, machte man auch den Kaiser Wilhelm den Ersten legendär, und dadurch sucht man im Volke Anschauungen großzuziehen, die sich gegen Kaiser Wilhelm den Zweiten und seinen Kanzler verwenden lassen zugunsten der immer noch erstrebten „parlamentarischen Regierung.“ Wer die preußische Konfliktzeit mit erlebt hat, erkennt in dem heutigen Vorgehn ganz deutlich die Mache von damals wieder und muß mit dem spanischen Sprichwort sagen: Es sind immer „dieselben Maultiere, nur mit andern Halsbändern.“

An dem Ausbau und der Verbreitung der Bismarcklegende haben weiter alle die Kreise Anteil, die aus verschiedenen Gründen Gegner des Heeres oder wenigstens des Offizierkorps sind. Diesen gewährt es natürlich eine gewisse Befriedigung, daß der „Zivilist,“ und für einen kleinern Kreis, daß der „Jurist“ Bismarck alles allein getan haben soll, während die andern gewissermaßen nur seine Helfer mindern Grades gewesen wären. Auch hier zeigt sich in auffälliger Weise die Analogie mit der Agitation der sechziger Jahre, in denen das Offizierkorps durch die Bank als „Sobbe“ und „Fuzki“ hingestellt wurde, während man heute beflissen ist, es in Romanen und Zeitungen nach wirklichen Ausnahmen wie Prinz Arenberg und Bilse und Konsorten zu schildern. Daß die Völker als solche nichts aus der Geschichte lernen, hat schon Hegel gesagt, es ist aber für den Vaterlandsfreund betrübend, zu erleben, daß die öffentliche Meinung in Deutschland, über das sich in wenig Jahren, für alle Welt unerwartet gekommen, eine Fülle von politischen Erfolgen ausgegossen hat, nach kaum vierzig Jahren ungefähr wieder auf demselben unfruchtbaren Standpunkt steht, den sie bei Bekämpfung des Königs Wilhelm und des Ministerpräsidenten Bismarck einnahm. Zu den besten Treppenvigen der Weltgeschichte gehört es sicherlich, daß ein großer Teil des deutschen Volkes durch geschickte geschichtliche Varianten sogar dahin gebracht worden ist, zu glauben, es handle, wenn es die geschickt wieder eingefädelt Agitation des Liberalismus der vierziger Jahre fast unter derselben Färbung betreibt, im Sinne des großen Mannes, der seinerzeit die Wichtigkeit dieser ganzen Richtung in Worten und Werken für alle Zeiten dargetan zu haben schien.

Aber Theorien haben ein zähes Leben, am meisten, wenn sie der persön-

lichen Eitelkeit so viel freien Spielraum gewähren, wie die Rolle eines mehr oder weniger mit der Opposition kokettierenden Parteiführers bietet. Der Faden, den die heutige Opposition spinnt, ist genau derselbe wie damals, nur die Nummer ist etwas feiner. Eingedenk der vernichtenden Niederlage, die die preußische Opposition durch die Ereignisse erfuhr, vermeiden heutzutage die Parteiführer im Reichstage, der Abgeordnete Bebel ausgenommen, etwa den Reichskanzler der Unfähigkeit zu beschuldigen, wie dies sogar nach den Erfolgen von 1864 Bismarck gegenüber noch von Männern wie Virchow, Sybel — von längst vergessenen damaligen Parteigrößen ganz abgesehen — im preußischen Abgeordnetenhaus geschah. Durch das politische Selbstgefühl kommen sie vielleicht zu dieser Meinung, aber sie hüten sich, sie auszusprechen, weil sie Gefahr laufen, Graf Bülow könnte sie mit plötzlichen politischen Enthüllungen beschämen und ungefähr mit den Worten schließen, mit denen Bismarck am 16. Januar 1874 im preußischen Abgeordnetenhaus dem Abgeordneten von Mallinckrodt diente: „Ich würde überhaupt, wenn ich so wenig von der Welt wüßte wie der Herr Vorredner, weniger oder doch weniger zuversichtlich reden.“ Dem mögen sie sich nicht aussetzen, weil das für ihren Nimbus in den Augen der bürgerlichen Parteien, die doch nicht politisch urteilsfähig sind, sehr nachteilig sein könnte. Aber man hört kühl teilnahmslos zu, wenn der Reichskanzler den Abgeordneten Bebel abfertigt, dem das freilich bei seinen Mannen eher zum Ruhme gereicht. Die Herren wissen ganz genau, daß sie nichts wissen und nach der Lage der Dinge auch nichts wissen können, was sie zum Mißtrauen gegen die Führung der äußern Politik berechtigen könnte, aber sie schweigen. Qui tacet, consentit. In ihrer Parteipresse ist man dagegen lauter; dort ist der ganze Hexensabbat der sechziger Jahre wieder los, und zwar nicht etwa bloß in den Blättern der ehemaligen Fortschrittspartei, bei denen man ja eine Art von Vererbung oder Überlieferung verstehen würde, sondern vielmehr in den Blättern der nationalliberalen Partei, der verschiedenen sozialen Reformparteien, des Bauernbundes und auch der Alldeutschen. Das bedenklichste des Wiederauflebens der Agitation aus einer anscheinend überwundenen Zeit ist aber ihr Hinübergreifen auf die zuletzt genannten Parteien, und dabei spielt gerade die Bismarcklegende eine Hauptrolle.

Diese Agitation war und ist aber doch nur ein genauer Abklatsch der alten französischen Methode der Opposition, eine dem deutschen Wesen vollständig fremde Richtung, die der wahren Natur des deutschen Volkes gar nicht entspricht und darum auch immer wie eine Maske wieder abfällt, sobald einmal die wahren nationalen Interessen an das deutsche Herz klopfen. Sie vertritt nur die falsche Ansicht, daß es die Aufgabe jedes Parlaments und der „liberalen Parteien“ sei, immer und immer Opposition zu machen, jeder Regierung das Vertrauen zu entziehen, an keinem Minister jemals etwas gutes gelten zu lassen, sie immer nur schwarz zu malen, immer Krieg mit dem Ministerium zu führen und unablässig dahin zu arbeiten, daß der Thron nur noch als ein willenloses Stück Holz gilt, und alle wirkliche Gewalt einer Parlamentsregierung übertragen wird, oder daß der Thron mit dem Ministerium selbst umgestürzt wird.

Vergleichen ist nun allerdings in Deutschland auf absehbare Zeiten ausgeschlossen, und eine parlamentarische Regierung etwa aus dem heutigen Reichstag würde den Gipfel der Lächerlichkeit bedeuten, eine Möglichkeit dafür ist gar nicht denkbar. Die Methode hat sich auch in Frankreich als unpraktisch und unnatürlich erwiesen, obgleich sie dort unzählige Ministerien und viermal den Thron selbst gestürzt hat; sie hat niemals wirkliche Dauer gehabt und immer wieder in dem Versuch einer anarchischen Republik mit darauffolgendem Säbelregiment geendet. Bis jetzt ist allerdings die dritte Republik eine Ausnahme, aber sie hat doch auch schon zu verschiedenen malen geschwankt, und Kenner des Landes sind der festen Überzeugung, daß der jetzige Zustand nur darum so lange währt, weil die allgemeine Zerfahrenheit keine Männer mehr hervorbringt, sondern bloß Leute, die gerade noch zu parlamentarischen Puppen und politischen Drahtziehern zu gebrauchen sind. Inzwischen hat ja auch der Kapitalismus die Republik in Erbpacht genommen, und der Pariser Straßenwitz hat schon vor Jahrzehnten — noch vor Drumont und seinen Leuten — die Sache dahin ausgelegt, daß das R. F. der französischen Republik eigentlich Rothschild Frères zu lesen sei. Doch das mögen die Franzosen unter sich abmachen. Die ganze unfruchtbare Prinzipienreiterei wäre wohl auch weder in Frankreich noch in Deutschland so weit getrieben worden, wenn sie nicht dem Ehrgeiz und der Eitelkeit der Parlamentarier, Berufspolitiker und Zeitungsschreiber geschmeichelt hätte, die immer ein Publikum finden, das Phrasen mit Bewunderung anhört. Das war ja schon im Altertum der Fall, und Mephistopheles sagt: „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei doch auch was denken lassen.“ Freilich tut man das nicht.

In parlamentarisch regierten Ländern hat die französische Methode nun wenigstens einen Zweck, sie eröffnet dort die Aussicht, daß die Parteien zu herrschenden und ihre Führer zu Ministern werden, wodurch sowohl der ehrlichen Überzeugungstreue als auch aller Eitelkeit Befriedigung und auch außerdem mancher Vorteil gewährt wird. Das ist aber bei uns nach allen deutschen Verfassungen vollkommen ausgeschlossen, denn nach diesen sind die Minister nicht die Häupter der parlamentarischen Parteien, sondern die verantwortlichen Vertrauensmänner der Krone. Zu diesen können auch Parlamentarier berufen werden, wie zum Beispiel die Namen Hobrecht, Miquel, Möller beweisen, aber außer der parlamentarischen Redefertigkeit und Routine, ohne die heutzutage ein Minister eben nicht mehr durchkommen kann, sind doch auch noch einige andre Fähigkeiten nötig. Deswegen mißlang noch zur Zeit Bismarcks auch der Eintritt von Bennigsen ins Ministerium, weil er nicht ohne einige parlamentarische Kollegen kommen wollte, denen es aber weniger an dem Vertrauen der Krone als an gewissen Fertigkeiten und Erfahrungen, die für einen Ministerposten nun einmal nötig sind, gebrach; sie hätten „nicht französisch gekonnt,“ wurde damals darüber gewitzelt. Man mag nun über die sogenannte „rein parlamentarische“ und die in allen deutschen Ländern geltende konstitutionelle Regierungsform verschiedener Meinung sein, unstreitig hat die letzte den Vorteil, daß sie in der Regel Fachmänner in die leitenden Stellen bringt,

während das bei jener in der Regel nicht der Fall ist, denn Parteiwesen und Fachkenntnis decken sich nicht.

Ein Beispiel möge das noch mehr erläutern. In Frankreich ist seit zwei Jahren der Berufsparlamentarier und Journalist Pelletan Marineminister. Halten wir Umschau im deutschen Reichstage, so würden wir als die entsprechendste parallele Erscheinung den Abgeordneten Eugen Richter nennen müssen, obwohl er den französischen Kollegen wohl fast in jeder Beziehung überragt. Herr Richter wird den Vergleich, der so wenig wie möglich hint und ohne Nennung eines Namens überhaupt nicht durchführbar wäre, nicht übel nehmen. Es wird auf allen Seiten anerkannt, daß die Wertschätzung und die Beliebtheit seiner Persönlichkeit von Jahr zu Jahr zugenommen hat, seit er nicht mehr täglich Bismarck gegenüber auf Mensur steht. Er würde ja auch in keinem Falle die Verantwortung für den Posten eines Marineministers übernehmen, aber doch zugeben, daß eine solche Ministerkombination ebenso wie in Frankreich bei uns möglich wäre, wenn Deutschland zur parlamentarischen Form — je nach der Ansicht — emporgestiegen oder hinabgesunken wäre. Jedenfalls ist ein Herr Richter in mancher Beziehung ähnliche Persönlichkeit unter der in Frankreich herrschenden Form Marineminister geworden, aber auch nur aus dem Grunde, daß Rouvier als Bedingung für seinen eignen Eintritt ins Ministerium die Bedingung stellte, daß Pelletan nicht Verkehrsminister werde, weil er nichts davon verstünde. Und da man Pelletan als Parteiführer im Kabinett haben mußte, wurde er Minister der Marine, ein Amt, für das er jedenfalls „genug französisch versteht.“

Abgesehen von solchen in Deutschland ganz undenkbaren politischen Erscheinungen ist die parlamentarische Regierungsform bei uns eben nicht verfassungsmäßiges Recht, und darum muß jede darauf zugeschnittene Opposition ihr Ziel verfehlen. Das zeigt sich auch mit jedem Tage deutlicher. Trotz jahrelang betriebener Bespöttelung und Herabsetzung des Kaisers und seines Kanzlers, wobei in der Regel Bismarck als wirkungsvoller Hintergrund herhalten muß, sind sie nicht um ein Haar anders geworden, wenn auch das Vertrauen in sie nicht zugenommen hat. Aber da eine unausgesetzte Tätigkeit immer eine Wirkung zur Folge hat, so zeigt sich auch eine solche, aber an einer durchaus unerwünschten Stelle: je mehr man nach oben hin das Vertrauen zu untergraben sucht, desto mehr entstehen unten Sozialdemokraten. Und das ist auch ganz erklärlich. Der deutsche Bürger ist sehr zum Raisonieren geneigt, sonst aber gut deutsch und monarchisch gesinnt. Am liebsten hat er freilich seinen König oder Großherzog, weil er über diesen allein nörgeln kann, da die andern sich wenig um ihn kümmern. Sonst ist er mit Recht herzlich unzufrieden mit manchen Dingen, von denen ein Teil unabänderlich ist, worüber ihn aber niemand aufklärt, während der andre Teil gesetzlich wohl zu bessern wäre, wenn nur ein brauchbares Parlament gewählt würde, worüber ihn aber auch kein Mensch belehrt. Denn die meisten Zeitungen, die er zur Hand bekommt, handeln nach dem Grundsatz: „Sucht nur die Menschen zu verwirren, sie zu befriedigen ist schwer,“ und sie wählen natürlich das leichtere. Wenn er nun tagtäglich in seinem Leibblatt und auch in den Blättern andrer Parteien recht

deutlich oder auch für ihn verständlich genug angedeutet gelesen hat, daß es eigentlich nur an Kaiser und Kanzler liegt, wenn das Reich angeblich an Ansehen verliert, daß auch gar nichts mehr gelingt, seitdem Bismarck aus dem Amte geschieden ist, daß überhaupt alles ganz anders sein müßte, da sagt er sich doch: Wenn die Herren Kommerzienräte, Professoren, Rechtsanwälte, Bauernbündlerische Gutsbesitzer usw., die doch alle einen wärmern Platz an der Sonne haben und die Sache besser verstehen müssen wie du, das glauben, diese Zeitungen lesen und sie dir empfehlen, da haben ja die Sozialdemokraten ganz recht, wenn sie behaupten, daß bei uns alles schlecht ist. Und dann betritt er zum erstenmal bei den nächsten Wahlen die Brücke, die hinüberführt zu dem großen Sammelbecken der Unzufriednen, aus dem die Sozialdemokratie ihre Wahlurnen füllt. Denn die Zahl der eingeschwornen Sozialdemokraten samt allen Zwangsgenossen ist gar nicht so groß, wie man gewöhnlich annimmt. Früher war bloß die Fortschrittspartei die „Vorfrucht der Sozialdemokratie,“ jetzt sind es eigentlich alle Parteien bis zu den Konservativen mit ihrem nicht scharf genug unter der Schere gehaltenen Anhang der Bauernbündler; die agrarischen Forderungen sind an und für sich ebenso berechtigt wie die anderer Parteien, nur die demagogische Art und Weise der Agitation ist verderblich und verwerflich. Die letzten Reichstagswahlen haben dann die Folgen der fast von allen Parteien rücksichtslos nach dem französischen Muster betriebenen Agitation gezeigt. Der deutsche Bürger ist aber keineswegs politisch so unfähig, wie es danach den Anschein hätte haben können, und hat rasch begriffen, welche Torheit er durch die Zersplitterung in Parteien begangen hat. Bei den Reichstagswahlen, bei verschiedenen Landtags- und Städtewahlen hat das Bürgertum zusammengehalten und nahezu in allen Fällen die Sozialdemokratie verdrängt, aber überall sind die Parteifanatiker mit Sonderkandidaturen und in ihren Parteiblättern dazwischen gefahren und haben wieder Verwirrung anrichten wollen. Bis jetzt hat es ihnen nichts genutzt, aber man muß leider befürchten, daß die fortwährende Hezerei in den Blättern den frühern Zustand wieder heraufbeschwören wird. Ein Kampf, der von der einen Seite als Klassenkampf geführt wird, muß auch auf der andern in geschlossener Masse geführt werden, alles Parteiwesen führt da bloß zur Niederlage. Das haben doch die bis zu der hohen Zahl von 81 angewachsenen Mandate der Sozialdemokratie hinreichend bewiesen.

Zur Entschuldigung des deutschen Bürgers, der ja auch als Wähler eine ehrliche und biedere Haut bleibt, wenn auch sein politisches Verständnis vielfach durch eigne Schuld hinter den Erwartungen zurückbleibt, muß nun gerade sein Vertrauen auf Bismarck dienen, das er als treue deutsche Seele dankbar im Herzen trägt. Wenn er im konfusesten Leitartikel seines Leibblattes Bismarck erwähnt findet, so hält er ihn für gut, denn er glaubt an diesen Namen, er vertraut auf den Bismarck im Dienst und vermag nicht zu unterscheiden, daß man ihm den Bismarck der Legende vorführt, die dazu dienen soll, bei ihm das Vertrauen auf den Kaiser, den Kanzler und die Regierung zu lockern. Und wenn er liest, daß Bülow dem Auslande gegenüber nicht wie Bismarck mit Kürassierstiefeln auftritt, so glaubt er das, denn er erinnert

sich, daß der Altreichskanzler bei Gelegenheit ein kräftiges Wort gesprochen hat. „Wir laufen niemand nach,“ das weiß er noch ganz gut. Wenn man ihm aber sagen würde, daß Bülow in der verbindlichsten Form, wie es Bismarcks Nachfolger, der noch kein Deutsches Reich gegründet hat, ziemt, aber mit aller Entschiedenheit dem Ausland in derselben Weise gedient hat, so würde er das ganz in der Ordnung finden, aber man sagt ihm das nicht, wie man ihm ebenfalls nicht sagt, daß auch der kräftige Ausdruck bei Bismarck eine Ausnahme war, der sich sonst bei der Behandlung des Auslandes der vollendetsten diplomatischen Höflichkeit bediente. Man sagt aber dem deutschen Bürger nur das von Bismarck, was ihn gegen Kaiser und Kanzler einnehmen soll, an andre Sachen, an die wahre Wirklichkeit erinnert man ihn nicht. Das ist eben die Bismarcklegende, der Kanzler „im Dienst“ soll vergessen werden, und dahinter steckt in der Hauptsache neben vieler Unkenntnis des Tatsächlichen die alte Agitationsweise der parlamentarischen Demokratie, die nie ganz geruht hat, aber nach dem Ableben Kaiser Wilhelms und dem Ausscheiden Bismarcks aus dem Amte die Zeit für gekommen erachtete, ein neues Tänzchen um ihr altes Ziel zu wagen. Ein „jugendlicher“ Kaiser und die Schwierigkeit der Stellung eines jeden Nachfolgers von Bismarck mochten ihr als geeignete Objekte für ihre Agitation erscheinen. Man kann nicht sagen, daß mit Ungeschick gearbeitet worden wäre, aber der Erfolg ist allein der Sozialdemokratie zugute gekommen.

Außer dem Vorwurf der Schwäche und der Liebedienerei gegenüber dem Auslande sind die Paradestücke der Agitation die ewig wiederholten Sätze: Ja, zu Bismarcks Zeiten war es ganz anders, da wußte jedermann, woran er war, da war immer alles klar, und es gelang auch alles. Nun leben doch wahrlich noch Leute genug, die die damalige Zeit mit durchgemacht haben und genau wissen, daß davon gar nichts wahr und eher das Gegenteil richtig ist. Trotz seinen großen Erfolgen stand doch kaum ein Jahrzehnt — von 1867 bis 1877 — eine einigermaßen zuverlässige Mehrheit, die sich in der Hauptsache aus den fast die Hälfte der Reichstagsitze einnehmenden Nationalliberalen und der Reichspartei zusammensetzte, hinter Bismarck, dem die Konservativen grollten, und den die Fortschrittspartei nur einmal im ersten Stadium des Kampfes gegen die Übergriffe der katholischen Kirche, wofür Virchow sogar den Triumphnamen „Kulturkampf“ erfunden hatte, unterstützte. Dann verließ sie ihn, um vom „Turm des Zentrums“ aus wieder die ihnen geläufigere Opposition zu treiben. Als die wirtschaftliche Krise und die Finanznot des Reichs den Fürsten Bismarck zur Einleitung seiner groß angelegten Wirtschafts- und Zollreform veranlaßten, da begann die nationalliberale Partei zu zerfallen; sie verlor lieber die Gruppe Schaufuß-Wölker, als daß sie sich von den beredten Anhängern Cobdens getrennt hätte, die schließlich doch auschieden, nachdem sie die Partei in jahrelange Kämpfe nach allen Seiten verwickelt und sie dadurch auf die Hälfte herabgebracht hatten. Unter diesen Umständen war Bismarck genötigt, mit den Parteien zu arbeiten, wie sie sich gerade darbieten, und die Mehrheiten zu nehmen, wie er sie bekommen konnte.

Dazu kamen noch die schwer umstrittenen Fragen des Sozialistengesetzes

und der vielgliedrigen Sozialreform. Wegen des Sozialistengesetzes mußte der Reichstag aufgelöst werden, ebenso später wieder wegen der Heeresvorlage. Es ist sogar Tatsache, daß Bismarck Vorlagen im Reichstage wie im preußischen Landtage drei- auch viermal einbringen mußte, bevor sie durchgingen, daß er, um eine den Verhältnissen andrer Großstaaten einigermaßen entsprechende Besteuerung des Branntweins und des Tabaks durchzusetzen, vorher Monopolvorlagen als Druckmittel anwenden mußte, von den Interessenkämpfen bei den sozialreformatorischen Gesetzen ganz zu schweigen. Wie man nach diesen Vorgängen jetzt hinterher behaupten kann, daß damals alles klar gewesen sei, verrät entweder bodenlose Unkenntnis oder sieht einer bewußten Unwahrheit so ähnlich wie ein Ei dem andern. Bismarck war sich wohl vollkommen klar über das, was er wollte, aber bei den andern herrschte die tollste Verwirrung, ärger als heute. Natürlich machte man, wie heute auch, den Reichskanzler dafür verantwortlich, und Bismarck mußte sich schon am 24. Februar 1881 im Reichstag in einer großen Rede dagegen verwahren, in der er sagte: „Wenn der Zustand, der bei uns herrscht, innen und außen, wenn das eine »heillose Verwirrung« ist, ja, wie sollen wir dann die Zustände in manchen andern Ländern charakterisieren? Ich sehe in keinem europäischen Lande einen gleichen Zustand von Sicherheit und von Beruhigung, mit der man in die Zukunft blicken kann, wie im Deutschen Reiche. Ich habe schon damals gesagt, meine Stellung als auswärtiger Minister hindert mich an Exemplifikationen; aber jeder, der mit der Karte und der Zeitgeschichte der letzten zwanzig Jahre in der Hand meiner Bemerkung nachspüren will, wird mir Recht geben müssen, und ich weiß nicht, wozu diese Übertreibungen von »heilloser Verwirrung« und »Angewißheit und Unsicherheit der Zukunft«; es glaubt im Lande niemand daran, und das ist die Hauptsache. Die Leute im Lande wissen sehr gut, wie es ihnen geht, und jeder, dem es nicht nach Wunsch geht, ist ja gern bereit, die Regierung dafür verantwortlich zu machen, und wenn ein Kandidat zur Wahl kommt und sagt ihm: An dem allen ist die Regierung oder — um mit dem Herrn Vorredner (Eugen Richter) zu sprechen — der Reichskanzler schuld, so mag er viele Gläubige finden; er wird in der Mehrzahl aber Leute finden, die sagen: Gewiß hat er seine übeln Eigenschaften und Rehrseiten — aber daß ich an allen diesen Übeln schuld sei, davon wird man die Mehrheit nicht überzeugen.“ So mußte sich Bismarck im Dienst vor dreiundzwanzig Jahren verteidigen. Könnte nicht Bülow heute wörtlich dieselbe Rede halten, und mit demselben Rechte? Damals hieß es „heillose Verwirrung,“ heute sagt man „Zickzackpolitik,“ es ist eben immer dasselbe Maultier, nur mit einem andern Halsband. Damals wurde es von der Fortschrittspartei allein geführt, heute beteiligen sich auch andre Parteien daran.

Der deutsche Bürger möge doch von seinem Bismarck lernen und sich nicht von den Bismarcklegendenverkündern heirren lassen. Es ist Bismarck im Amt gar nicht anders gegangen als heute seinem Nachfolger Bülow. Die deutschen Bürger sollen nur jetzt dabei bleiben, fest zusammenhalten und sich zunächst ihren bittersten Gegner vom Leibe halten, die Sozialdemokratie, die ihnen das Leben vergällt. Dabei kann dem Bürgertum die Regierung direkt

nicht helfen, denn sie hat kein Ausnahmegesetz und auch keine Aussicht, eins von diesem Reichstage zu bekommen. Will das Bürgertum ein solches, so muß es eben anders wählen und darf sich nicht wieder von allerlei Parteirednern verwirren und zersplittern lassen. „Kürassierstiefel“ braucht der Reichskanzler nicht, denn Kürassiere, d. h. Landarmee, hat er vorläufig genug zu seiner Verfügung, und wenn es nach dem zwischen Frankreich und England abgeschlossenen Vertrag über Marokko, der ja in deutschen Zeitungen so viel getadelt wird, etwa den Franzosen einfallen sollte, unsre Interessen in Marokko zu schädigen, so können wir sie auch „vor den Toren von Metz“ verteidigen, wie vor zwanzig Jahren Fürst Bismarck dem Abgeordneten Bamberger bemerkte, als dieser Furcht vor „Nasenstübern“ äußerte, die wir infolge der Kolonialpolitik erhalten könnten. Man hat uns bisher noch keine gegeben. Um aber auf Marokko zurückzukommen, so wollen wir bemerken, daß das Abkommen über dieses Land von zwei Mächten abgeschlossen worden ist, die über die größten Flotten verfügen, neben denen unsre kleine gediegne Seemacht noch ein Kind ist. Dem gegenüber mit den alldeutschen Begehrlichkeiten, wie sie in Lübeck ausgesprochen worden sind, aufzutreten, wäre vom Reichskanzler geradezu unklug gewesen, denn er hätte einen Korb bekommen können, und wenn England und Frankreich etwas Böses gegen Deutschland im Schilde geführt hätten, konnten sie uns sogar daraufhin in einen Krieg verwickeln, worin wir wohl die Franzosen wieder geschlagen hätten, den aber England benutzt hätte, uns unsre Kolonien wegzunehmen und unsre überseeischen Handelsverbindungen dauernd zu stören. Die sind ja den Engländern längst ein Dorn im Auge, und ähnlich haben unsre Vettern über dem Kanal im siebzehnten und im achtzehnten Jahrhundert auch gegen Holland, Frankreich und Portugal gehandelt. Damit ein solcher Fall vermieden werde, ist es nötig, daß wir unserm Reichskanzler — nicht Kürassierstiefel, sondern — Wasserstiefel geben, d. h. eine starke deutsche Flotte. Je mehr er Wasserstiefel hat, um so weniger braucht er damit aufzutreten. Das ist genau so wie mit der Landarmee: je stärker und tüchtiger sie ist, desto seltner braucht sie mobilisiert zu werden. Der Friedenszustand ist dabei immer viel billiger als die kleinste Mobilisierung. Also bei der nächsten Wahl auch die Flotte nicht vergessen! Dabei mag sich jeder, wer will, auch unsers Kaisers freuen, der, als der erste Hohenzoller, ja als der erste unter den deutschen Kaisern aller Zeiten, ein Seemann ist.

